



Protokoll
über die
Sitzung des Rates der Stadt Diepholz

Sitzungstermin: Mittwoch, den 19.03.2025
Sitzungsbeginn: 17:02 Uhr
Sitzungsende: 20:54 Uhr
Ort, Raum: 49356 Diepholz, Rathausmarkt 1, Ratssaal

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung
- 2 . Einwohnerfragestunde
- 3 . Genehmigung des letzten Protokolls vom 05.12.2024
- 4 . Bericht der Verwaltung
- 5 . Abberufung von Steffen Marcel Funk als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz **SV/FD2/063/2025**
- 6 . Ernennung von Tobias Weißhaupt zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz **SV/FD2/001/2025**
- 7 . Ernennung von Fabian Pöttker zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz **SV/FD2/002/2025**
- 8 . Bau eines Allwetterbads im Müntepark **SV/FD1/004/2025**
- 9 . Einwohnerfragestunde
- 10 . Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der hannIT AöR und Beschluss der 8. Änderungssatzung zur Änderung der Satzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR **SV/FD1/106/2025**
- 11 . Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges und Erwerb eines Tanklöschfahrzeuges (TLF 2000) für die Ortsfeuerwehr St. Hülfe. **SV/FD2/003/2025**
- 12 . Projektbeschluss: Erweiterung des Münteparks zu einem "Park der Generationen" - Errichtung eines Pumptracks, eines multifunktionalen Basketballcourts sowie einer Calisthenics Anlage **SV/FD2/068/2025**
- 13 . Projektbeschluss: Neustrukturierung des Bildungsstandortes an der Hindenburgstraße 7 **SV/FD2/069/2025**
- 14 . Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Diepholz - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.01.2025 **SV/FD2/064/2025**
- 15 . Aufstellung des Bebauungsplanes Heede Nr. 107 "Kapellenweg V" **SV/FD3/001/2025**
- Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

- a) Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen förmliche Beteiligung
- b) Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen erneute Beteiligung
- c) Satzungsbeschluss
- 16 . Vermarktung Kohlhöfen 12 **SV/FD3/158/2025**
- 17 . Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB für den Bereich Thüringer Straße **SV/FD3/162/2025**
- 18 . Optimierung der Verkehrssicherheit im Bereich Am Pohl/Lüderstraße **SV/FD3/164/2025**
- 19 . Entwidmung von Straßen **SV/FD3/165/2025**
- 20 . Projektbeschluss: Optimierung der Bike+Ride (B+R) Anlage am Bahnhof **SV/FD3/168/2025**
- 21 . Projektbeschluss Zukunft Kläranlage **SV/FD3/159/2025**
- 22 . Kommunale Wärmeplanung - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2024 **SV/FD3/153/2024**
- 23 . Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Anwesende Mitglieder

Frau Jolanta Malan	CDU/FDP-Gruppe
Herr Lars Mester	CDU/FDP-Gruppe
Herr Marcel Scharrelmann	CDU/FDP-Gruppe
Frau Sandra Huntemann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Wilhelm Paradiek	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heinfried Sudmann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Christian Brebeck	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heinrich Buck	CDU/FDP-Gruppe
Herr Gerhard Friedrichs	CDU/FDP-Gruppe
Herr Stephan Goetz	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mark Kürble	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heino Langhorst	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mathis Langhorst	CDU/FDP-Gruppe
Herr Wilhelm Reckmann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Manfred Albers	SPD-Fraktion
Frau Dagmar Brinkmann	SPD-Fraktion
Herr Ingo Estermann	SPD-Fraktion
Herr Ralf Evers	SPD-Fraktion
Herr Andreas Meine	SPD-Fraktion
Frau Marta Sickinger	SPD-Fraktion
Frau Sonja Syrnik	SPD-Fraktion
Frau Ljiljana Zeisler	SPD-Fraktion
Herr Joel Hoff	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bettina Kuhlmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Veysi Savga	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dagmar Trümpler	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Alfons Muhle	AfD
Herr Peter Parizsky	DIE LINKE
Herr Johannes Selker	Fachdienstleiter 1
Herr Florian Marré	Bürgermeister

Frau Petra Hage
Herr Sebastian Dornieden
Frau Katharina Korte

Fachdienstleiterin 2
Fachdienstleiter 3
Protokollführung

Abwesende Mitglieder:

Herr Ralf Müller
Herr Mark Schier
Herr Ralf Jacobsen

CDU/FDP-Gruppe
CDU/FDP-Gruppe
SPD-Fraktion

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

Stv. RV Buck eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ratsmitglieder sowie Gäste im Zuschauerraum.

Stv. RV Buck erklärt einleitend, dass die SPD-Fraktion einem Pairing-Verfahren zugestimmt hat. Das Pairing-Verfahren wurde angewendet, um die Mehrheitsverhältnisse im Rat trotz der Abwesenheiten ausgewogen abzubilden.

RV Kuhlmann beantragt, dass nach Tagesordnungspunkt 8 „Bau eines Allwetterbads im Müntepark“ eine zusätzliche Einwohnerfragestunde eingefügt werde, da dieses Thema auf großes öffentliches Interesse stößt

Änderungsantrag zur Tagesordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Als Tagesordnungspunkt neu 9 wird der Tagesordnung „Einwohnerfragestunde“ hinzugefügt.

Eine Einwohnerfragestunde wird als Tagesordnungspunkt neu 9 der Tagesordnung „Einwohnerfragestunde“ hinzugefügt.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

zu 2 Einwohnerfragestunde

Bürgerin A äußert Kritik an der ihrer Meinung nach unzureichenden Bürgerbeteiligung beim geplanten Windpark in Aschen. Sie fragt, ob der Stadtrat bereits Einnahmen aus dem Projekt für die Finanzierung des Allwetterbades einplane, obwohl eine Genehmigung bislang nicht vorliege. Zudem äußert sie Bedenken hinsichtlich der Lage des Windparks am Rand des Naturschutzgebiets Boller Moor und fragt, ob die spätere Akzeptanzabgabe an die Aschener Bevölkerung mit dem Bau des Bades verknüpft werde.

FDL Dornieden erläutert das Planungsrecht und die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Zusammenhang mit der Errichtung des Windparks. Die Baugenehmigung werde in diesem Fall vom Landkreis Diepholz erteilt.

BM Marré ergänzt, dass die Kommune aufgefordert worden sei, Möglichkeiten zur Finanzierung der Bäder zu prüfen. Falls zukünftige Einnahmen aus dem möglichen Windpark generiert würden, könnten diese auch für die Diepholzer Bäder verwendet werden.

Bürgerin B erläutert, dass im Gebiet der Ackerflächen „Alte Poststraße“ Baumrückschnitte vorgenommen worden seien. Sie fragt, welche Baumaßnahme dort bevorstehe.

FDL Dornieden erklärt, dass keine aktuelle Baumaßnahme bekannt sei.

Bürger C fragt, auf welcher Zahlenbasis der Verwaltungsausschuss die Beschlussempfehlung für den Bau eines Allwetterbades für den Rat ausgesprochen habe.

BM Marré erklärt, dass dem Verwaltungsausschuss dieselbe Vorlage zur Verfügung gestanden habe wie dem vorangegangenen Fachausschuss. Daher gehe er davon aus, dass die Ratsmitglieder die finanzielle Darstellung kennen würden. Der Unterschied der Kostenkalkulation sei in der öffentlichen Darstellung unglücklich verlaufen. Die Pressemitteilung der Verwaltung, sei nach dem Beschluss im Verwaltungsausschuss veröffentlicht und den Ratsmitgliedern mitgeteilt worden.

Bürger D fragt, ob die Firma Berg bereits einen Bauantrag gestellt habe.

FDL Dornieden antwortet, dass bislang noch kein Bauantrag gestellt worden sei.

zu 3 Genehmigung des letzten Protokolls vom 05.12.2024

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 27 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Das Protokoll vom 05.12.2024 wird genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Bürgermeister Marré beantwortet drei Anfragen der SPD-Fraktion vom 21.01.2025 zu den Themen Zustand der Straßen in Diepholz, auf die Umsetzung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen „Am Pohl“/Lüderstraße sowie kostenloses WLAN in der Innenstadt anzubieten.

(Anm. zum Protokoll: Die Antworten liegen dem Protokoll als Anlage 1 bei.)

zu 5 Abberufung von Steffen Marcel Funk als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz Vorlage: SV/FD2/063/2025

BM Marré dankt im Namen der Verwaltung und des Rates der Stadt Diepholz dem scheidenden Ortsbrandmeister Funk für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und sein langjähriges ehrenamtliches Wirken in der Ortsfeuerwehr Diepholz und überreicht ihm ein Präsent.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Brandmeister Steffen Marcel Funk wird auf eigenen Wunsch aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz entlassen.

zu 6 Ernennung von Tobias Weißhaupt zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz
Vorlage: SV/FD2/001/2025

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Brandmeister Tobias Weißhaupt wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz ernannt.

zu 7 Ernennung von Fabian Pöttker zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz
Vorlage: SV/FD2/002/2025

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Hauptfeuerwehrmann Fabian Pöttker wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für sechs Jahre zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Diepholz ernannt.

zu 8 Bau eines Allwetterbads im Müntepark
Vorlage: SV/FD1/004/2025

RH Paritsky erklärt, dass er die bisherige Planung nicht gelungen halte und kritisiert die aus seiner Sicht unzureichende Bürgerbeteiligung. Die Argumentation externer Experten in der Podiumsdiskussion vom 12.02.2025 halte er für nicht überzeugend. Er äußere Zweifel daran, dass Sanierung und Neubau gleich teuer seien, da konkrete Zahlen fehlten. Den geplanten Abriss des Delfinbades empfinde er als befremdlich. Er appelliere an die Mehrheitsfraktion, da Großprojekte erfahrungsgemäß teurer würden als geplant.

RH Muhle betont, dass er in der Debatte Wert auf Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern lege. Er frage sich, woher die finanziellen Mittel für das Vorhaben kommen sollen. Ein neues Schwimmbad solle möglichst kostengünstig umgesetzt werden. Die Ausgaben für ein 50-Meter-Becken halte er für unverantwortlich, da Diepholz – auch laut Experten – dafür zu klein sei. Vorrang habe das Schwimmenlernen für Kinder, wofür ein großes Becken nicht nötig sei. Er gebe zu bedenken, dass die Stadt Diepholz auch noch andere Großprojekte hat, die ebenfalls finanziert werden müssten.

RH Reckmann erklärt, dass sich das Thema als sehr emotional herausgestellt habe, wodurch ein konstruktiver Austausch stellenweise erschwert worden sei. Letztendlich habe die Abwägung zu einem Ergebnis geführt, das nicht von allen mitgetragen werde und mit höheren Betriebskosten einhergehe.

Er erläutere, dass zwei Varianten intensiv geprüft und deren Vor- und Nachteile diskutiert wurden. Eine Sanierung der Bäder sei im März 2023 aus nachvollziehbaren Gründen ausgeschlossen worden.

Er betone, dass die Finanzierung des Großprojekts eine historische Herausforderung darstelle und eine besondere Bedeutung für die Stadt habe. Da es sich bei dem Bad um eine freiwillige Aufgabe der Kommune handle, müsse die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit berücksichtigt werden. Eine Garantie, dass Steuererhöhungen in der Zukunft ausgeschlossen werden können, könne nicht gegeben werden. Die Umsetzung nach Variante 1 halte er jedoch noch für vertretbar.

RH Estermann betont die lange Tradition der Bäder in Diepholz und erläutert, dass seine Fraktion das Thema intensiv diskutiert und Kompromisslinien erarbeitet habe. Positiv sei, dass durch die Bürgerbeteiligung einige Aspekte in die Planung aufgenommen worden seien.

Für die Akzeptanz eines Allwetterbads sei es seiner Ansicht nach allerdings wichtig, die 50-Meter-Bahn sowie die Sprungkuhle zu erhalten. Gleichzeitig stelle sich jedoch die Frage, ob sich die Stadt dies finanziell leisten könne. Er verweist darauf, dass die Erwartung bestehe, dass die Stadtwerke – als „Bürgerwerke“ – weiterhin die Finanzierung der Bäder übernehmen.

Er argumentiert, dass, wenn Variante 1 finanzierbar sei, dies auch für Variante 2 gelten müsse. Einsparungen sollten daher vorrangig im Innenbereich vorgenommen werden. Vor diesem Hintergrund stellt er einen Änderungsantrag zugunsten von Variante 2.

Herr Partetzke erläutert, dass die angegebenen Innenkosten sämtliche anfallenden Kosten umfassen würden – unabhängig davon, ob das Freibad genutzt werde oder nicht. Somit sei eine einfache Darstellung der unterschiedlichen Kosten im Betrieb der Außenbecken Variante 1 zu Variante 2 nicht möglich. Eine detaillierte Einzelberechnung würde schnell an ihre Grenzen stoßen.

Er betont, dass bei der Diskussion über die Varianten 1 und 2 die Betriebskosten des ersten Jahres als Grundlage herangezogen werden sollten. Der Kostenunterschied zwischen beiden Varianten liege grob geschätzt bei 7 Millionen Euro. Ein Kompromiss sei gefunden worden, dieser müsse nun zur Entscheidung gebracht werden.

Aus Betreibersicht spricht er sich dafür aus, zeitnah zu einer Entscheidung zu kommen, da das Freibad bereits bis zur äußersten Grenze betrieben werde.

RH Goetz erklärt, dass in der Diskussion externe Expertenmeinungen nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Die Fraktionen von CDU und FDP hätten große Bedenken hinsichtlich der Finanzierung. Ursprünglich habe man beschlossen, bei 25 Millionen Euro eine Grenze zu ziehen, mittlerweile liege die Kostenschätzung für Variante 1 jedoch bereits bei 28,3 Millionen Euro. Zudem bestehe die Möglichkeit, dass die Kosten im Zuge eines öffentlichen Bauvorhabens weiter steigen würden.

Er erinnert daran, dass die Stadtwerke von der Politik beauftragt würden, Projekte umzusetzen. Die öffentliche Debatte konzentriere sich derzeit stark auf die 50-Meter-Bahn, jedoch dürfe das Ziel nicht aus den Augen verloren werden, ein Schwimmbad zu schaffen, das ganzjährig vielen Diepholzern zugutekomme. Er beantragt, dass die Investitionskosten dem Verwaltungsausschuss zur abschließenden Entscheidung vorgelegt würden.

RF Kuhlmann erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich hinter der Idee eines modernen Allwetterbads stehe. Dennoch stehe man vor einer Entscheidung, die innerhalb der Fraktion bereits vor Monaten gefallen sei. Man habe das Projekt damals abgelehnt, da es finanziell nicht tragbar sei. Seither habe keine ausreichende Auseinandersetzung mit den finanziellen Risiken stattgefunden. Die Finanzierung sei das zentrale Problem, für das bisher keine Lösung gefunden worden sei. Stattdessen seien die Forderungen und Wünsche immer weitergewachsen.

Aus diesen Gründen könne sich die Fraktion heute weder für Variante 1 noch für Variante 2 entscheiden. Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen würden sich enthalten – nicht, weil ihnen die Zukunft der Bäder egal sei, sondern weil keine fundierte Grundlage für eine verantwortungsvolle Entscheidung vorliege.

BM Marré erklärt, dass sich die Stadt in einem Spannungsfeld zwischen notwendigem Handeln und finanzieller Verantwortung bewege. Einerseits sei es essenziell, eine zukunftsfähige Lösung zu finden, um das Schwimmen in Diepholz langfristig zu sichern, andererseits dürfe die Belastung für den städtischen Haushalt nicht außer Acht gelassen werden. Variante 1 stelle aus seiner Sicht einen ausgewogenen Kompromiss dar, der sowohl wirtschaftliche Aspekte berücksichtige als auch zentrale Anliegen aus der Bürgerbeteiligung aufgreife. Die umfangreiche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger habe dazu beigetragen, das Projekt weiterzuentwickeln und zu optimieren.

RH Scharrelmann verlässt den Ratssaal um 18:23 Uhr.

RH Albers erklärt, dass eine endgültige Entscheidung heute nicht zwingend getroffen werden müsse. Die Finanzierung bleibe die zentrale Herausforderung, da sich die Rahmenbedingungen seit Beginn des Prozesses erheblich verändert hätten. Nach Einschätzung der SPD-Fraktion müssten die Stadtwerke und die Bäder gemeinsam betrachtet werden, um eine nachhaltige Lösung zu finden. Es bringe nichts, die Problematik auszublenden. Er wünsche sich eine mutige Entscheidung des Rates und plädiere für Variante 2.

RH Scharrelmann betritt den Ratssaal um 18:24 Uhr.

BM Marré weist die Aussage von RH Albers zurück, dass die Stadt mit einem solchen Projekt und den finanziellen Auswirkungen „zögerlich“ handeln würde.

Der Rat der Stadt Diepholz lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit 8 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab.

Der Bau des Allwetterbades soll in Variante 2 erfolgen.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 17 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 8 Nein-Stimmen:

Die Stadt Diepholz beauftragt die Stadtwerke EVB Huntetal GmbH, die Planungen für das Allwetterbad in der Variante 1 fortzuführen und alle erforderlichen Planungsleistungen der HOAI-Leistungsphasen für das Gesamtprojekt durchzuführen.

Die Investitionskosten auf Grundlage der detaillierten Kostenkalkulation (Kostenanschlag, LPH 6) werden dem Verwaltungsausschuss vorgelegt. Der Verwaltungsausschuss beschließt die Freigabe der Ausschreibungen der Bauleistungen.

zu 9 Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage von Bürger E erklärt RH Goetz, dass die Stadt in der Vergangenheit Gelder sparen konnte, weil sie auf den Rat der Experten gehört habe.

Bürgerin A erläutert, dass man nicht auf Experten höre, weil man nicht rechtzeitig beteiligt worden sei. Man habe sich als Bürgerschaft bei der Thematik Windpark Aschen nicht mitgenommen gefühlt. Die Windkraftanlagen in Aschen seien noch gar nicht durch. Ob die Fläche dort zur Verfügung stehe sei ebenfalls noch nicht klar. Sie fragt, ob der Rat, sollte es zu einer Einvernehmung kommen, Windenergie im öffentlichen Teil diskutieren werde oder im nicht öffentlichen Teil.

BM Marré erläutert weiter, dass man nicht Herr des Planungsverfahrens sei und dementsprechend die Organisation einer Informationsveranstaltung der Genehmigungsbehörde oder dem Antragssteller obliege. Dies sei also in Abstimmung mit dem Landkreis zu erfolgen. Dennoch werde jeder Projektträger dazu ermutigt, dies zu tun.

RH Muhle erklärt, dass er dafür plädiert größtmögliche Transparenz herrschen zu lassen.

RH Estermann erklärt, dass er sich für die Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung in der Fraktion einsetzen würde.

RH Paradiak erklärt, dass man schon seit drei Jahren versuche den Projektierer dazu zu bewegen, die Öffentlichkeit mitzunehmen. Die CDU/FDP Gruppe würde dies jederzeit mittragen.

RF Kuhlmann stellt klar, dass sie es als selbstverständlich ansehe, dass man als Rat die Bürgerinnen und Bürger mitnehme.

RH Albers verlässt den Ratssaal um 18:50 Uhr.

Auf Nachfrage von Bürger E erklärt RH Reckmann, dass die Zielsetzung des Gutachten von 2009 gewesen sei, einen Vorschlag zu machen wie eine Bäderlandschaft in Diepholz aussehen könne. Es wurde in dem Gutachten auf drei Varianten verwiesen.

RH Albers betritt den Ratssaal um 18:54 Uhr.

zu 10 Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der hannIT AöR und Beschluss der 8. Änderungssatzung zur Änderung der Satzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR
Vorlage: SV/FD1/106/2025

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig

1. Der Rat der Stadt Diepholz bestätigt die per Wahl vom 16.05.2024 gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT AöR (hannIT).

Folgende Vertreterinnen und Vertreter werden bestätigt:
Jörg Gilgen, Kerstin Möller, Markus Dietzschold, Nadine Knochenhauer, Martina Fachmann, Melanie Jung

Folgende Ersatzmitglieder werden bestätigt:
Roland Krause, Ilona Strehl, Marion Brandes

2. Der Rat der Stadt Diepholz beschließt die anliegende 8. Änderungssatzung zur Anstaltssatzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR.

**zu 11 Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung eines
Feuerwehrfahrzeuges und Erwerb eines Tanklöschfahrzeuges (TLF 2000)
für die Ortsfeuerwehr St. Hülfe.
Vorlage: SV/FD2/003/2025**

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Aufgrund des Ergebnisses der von der KWL durchgeführten Ausschreibung wird der Auftrag zur Lieferung eines TLF 2000, vorbehaltlich der Freigabe durch das Rechnungsprüfungsamt, in zwei Losen wie folgt vergeben:

Los 1, Fahrgestell: Schelling Nutzfahrzeuge GmbH, Mercedes Benz Unimog zum Preis von 205.518,00 € zzgl. MwSt.

Los 2, Aufbau: Firma Ziegler zum Preis von 264.350,00 € zzgl. MwSt.

Kosten insgesamt: 559.142,92 € inkl. MwSt.

Die ungeplanten Mehrkosten i.H.v. 179.142,92 € werden durch eine Mittelverschiebung im Produkt 12600.0910000 vom Projekt 061-10 „Erwerb Fahrzeug TLF 3000 OFW Aschen“ auf das Projekt 061-09 „Erwerb Fahrzeug TLF 2000 OFW St. Hülfe“ gedeckt.

**zu 12 Projektbeschluss: Erweiterung des Münteparks zu einem "Park der
Generationen" - Errichtung eines Pumptracks, eines multifunktionalen
Basketballcourts sowie einer Calisthenics Anlage
Vorlage: SV/FD2/068/2025**

RH Paritsky verlässt den Ratssaal um 18:56 Uhr.

RF Kuhlmann erklärt, dass auch wenn nur wenige Jugendliche an dem Prozess teilgenommen haben, sie sich über diese aktive Gruppe dennoch freue. Sie halte die Anlage für eine tolle Möglichkeit die Jüngeren in den Park der Generationen zu integrieren.

RF Syrnik verlässt den Ratssaal um 18:58 Uhr.

RH Paritsky betritt den Ratssaal um 18:58 Uhr.

RH Estermann hebt hervor, dass die SPD-Fraktion diese Investition unterstütze. Es sei eine gelungene Kombination geworden. Die Bürgerbeteiligung, die durchgeführt worden sei, zeigt, dass man ernsthaft versucht habe mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

BM Marré erklärt, dass man sich natürlich mehr Resonanz von den Jugendlichen gewünscht hätte. Er hoffe darauf, dass beim nächsten Prozess mehr Jugendliche teilnehmen werden. Er sei froh, dass das Projekt von allen mitgetragen werde und den Jugendlichen zukünftig einen neuen Treffpunkt anzubieten.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Die Stadt Diepholz errichtet im Müntepark im Bereich zwischen dem Freibad und der Münte einen Pumptrack, einen multifunktionalen Basketballcourt sowie eine Calisthenics Anlage. Diese Maßnahmen dienen der Weiterentwicklung des Münteparks zu einem „Park der Generationen“.

**zu 13 Projektbeschluss: Neustrukturierung des Bildungsstandortes an der
Hindenburgstraße 7
Vorlage: SV/FD2/069/2025**

RH Albers erläutert, dass der Rat heute eine Entscheidung darüber treffen müsse, wie die Grundschullandschaft zukunftsfähig gestaltet werde. Dabei sei die soziale Balance, seiner Meinung nach, jedoch nicht ausreichend berücksichtigt worden. Konkret gehe es um die Mühlenkampfschule und die Grundschule an der Hindenburgstraße. Während eine bislang dreizügige Schule nun auf vier Züge erweitert werden solle, stelle sich die Frage, wie die Verteilung der Schüler so organisiert werden könne, dass eine soziale Entlastung erfolge. Zudem nehme sich die Stadt mit dieser Entscheidung mögliche zukünftige Spielräume für alternative Entwicklungen. Daher lehne die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag ab.

RH Sudmann verlässt den Ratssaal um 19:08 Uhr.

RF Syrnik betritt den Ratssaal um 18:08 Uhr.

RH Paradiak betont, dass mit dem Erwerb des Gebäudes im Februar 2022 bereits klar gewesen sei, dass Investitionen erforderlich würden. Der aktuelle Entwurf umfasse Differenzierungsräume und Lehrinseln, um die Schule als Mensaschule weiterzuentwickeln und ein attraktives Lernumfeld zu schaffen. Die Gestaltung der Schulstruktur könne dabei unterschiedlich bewertet werden.

RH Sudmann betritt den Ratssaal um 19:12 Uhr.

RH Meine verlässt den Ratssaal um 19:12 Uhr.

RF Kuhlmann hebt hervor, dass der Standort bereits beschlossen sei und man sich nun mit der Umsetzung dieser Entscheidung befassen müsse. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze den Vorschlag. Man empfinde das Projekt als gelungen und begrüße dessen Realisierung.

BM Marré erklärt, dass die Diskussion über einen möglichen fünften Grundschulstandort bereits ausführlich geführt worden sei. Aufgrund der derzeitigen Einwohner- und Geburtenzahlen rechne die Verwaltung eher mit sinkenden Schülerzahlen in der Zukunft, weshalb es unwahrscheinlich sei, dass langfristig genügend Schüler für einen zusätzlichen Standort vorhanden seien. Das Ziel sei es, die Ganztagsschule für die Diepholzer attraktiv zu gestalten. Er räumt ein, dass die Umsetzung des Projekts auch für die Schule selbst eine Herausforderung darstelle und man offen für weitere Vorschläge sei. Auf Nachfrage von RH Estermann antwortet BM Marré, dass es aus aktueller Perspektive unrealistisch sei, alle vier bestehenden Grundschulen mittelfristig vollständig auszulasten. Der prognostizierten Schülerzahlen ließen dies nicht erwarten.

Die Stadt Diepholz beschließt mit 21 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen:

Der An- und Neubau einer Grundschule am Bildungsstandort an der Hindenburgstraße erfolgt auf Grundlage der in der Anlage beigefügten Entwurfsplanung. Die Grundschule wird dadurch zukunftsfähig zur vierzügigen Schule im Ganztag ausgebaut.

zu 14 Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Diepholz - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.01.2025
Vorlage: SV/FD2/064/2025

RF Malan verlässt den Ratssaal um 19:23 Uhr.

RH Meine betritt den Ratssaal um 19:23 Uhr

RH Albers hebt hervor, dass er mit dem Beschluss sehr zufrieden sei. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und betont, dass er sich diese auch bei kontroversen Themen wünsche.

RH Reckmann erklärt, dass er der SPD-Fraktion in diesem Punkt zustimme. Er könne sich durchaus vorstellen, dass einige Bürgerinnen und Bürger dieser Entscheidung kritische gegenüberstehen würden. RH Reckmann schlägt vor, dass man im Falle von Verunreinigung und Unmut von Bürgern, diesen Beschluss wieder rückgängig mache.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 27 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt folgende Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Diepholz:

Die unter II. Ordnungsvorschriften, § 4 Öffnungszeiten und Verhalten auf dem Friedhof zu findende Formulierung **Alt**:

(4) Auf dem Friedhof ist nicht gestattet: c) Tiere mit Ausnahme von Blindenhunden mitzubringen

Wird durch die nachstehende Formulierung **ersetzt**:

(4) Auf dem Friedhof ist nicht gestattet: c) Tiere mit Ausnahme von Hunden mitzubringen. Hunde sind an der Leine zu führen.

zu 15 Aufstellung des Bebauungsplanes Heede Nr. 107 "Kapellenweg V"
- Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
a) Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen förmliche Beteiligung
b) Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen erneute Beteiligung
c) Satzungsbeschluss
Vorlage: SV/FD3/001/2025

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

a) Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen werden zur Kenntnis genommen und entsprechend den Beschlussvorschlägen der im Anhang beigefügten Abwägungsvorschläge berücksichtigt bzw. zurückgewiesen (Anlage 1).

b) Die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB

vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen werden zur Kenntnis genommen und entsprechend den Beschlussvorschlägen der im Anhang beigefügten Abwägungsvorschläge berücksichtigt bzw. zurückgewiesen (Anlage 2).

c) Aufgrund der §§ 1 Abs. 3, 10 und 13a des BauGB und der §§ 10 und 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschließt der Rat der Stadt Diepholz unter Berücksichtigung der getroffenen Entscheidung zu a) und b) den Bebauungsplan Heede Nr. 107 „Kapellenweg V“, bestehend aus der Planzeichnung sowie den textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften als Satzung (Anlage 3) nebst dazugehöriger Begründung (Anlage 4). Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Heede Nr. 107 „Kapellenweg V“ wird der Bebauungsplan Diepholz Nr. 59B „Kapellenweg III“ aufgehoben. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend § 13a Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

zu 16 Vermarktung Kohlhöfen 12

Vorlage: SV/FD3/158/2025

RH Estermann stellt einen Änderungsantrag, dass auf dem betreffenden Grundstück ein Anteil von 20 % sozialem Wohnraum entstehen müsse. Er verweist darauf, dass die N-Bank entsprechende Fördermöglichkeiten biete und einen festgelegten Mietzins vorsehe. Die Fraktion habe sich bewusst auf den sozialen Wohnraum konzentriert – wenn es nicht einmal auf eigenen Flächen gelinge, entsprechenden Wohnraum zu schaffen wo dann, fragt RH Estermann.

RH Paradiak entgegnet, dass der derzeitige Immobilienmarkt für Investoren nicht besonders attraktiv sei. Es sei bereits eine Herausforderung, überhaupt einen Investor für das Projekt zu finden. Daher spreche sich die CDU/FDP-Gruppe gegen zusätzliche verpflichtende Vorgaben aus. Man könne jedoch eine entsprechende Formulierung in die Vorlage aufnehmen, die den sozialen Wohnungsbau als wünschenswert kennzeichne.

BM Marré schließt sich der Einschätzung von RH Paradiak an. Sollte ein Investor die bestehenden Fördermöglichkeiten nutzen und den sozialen Wohnraum in sein Konzept integrieren, werde dies selbstverständlich begrüßt. Gleichzeitig müsse jedoch sichergestellt werden, dass die Fläche insgesamt einer sinnvollen Nutzung zugeführt werde. Dabei dürfe auch die Situation des aktuellen Mieters nicht außer Acht gelassen werden, dessen Daseinsberechtigung anerkannt werde.

RF Kuhlmann betont, dass es in der Diskussion nicht darum gehen solle, ausschließlich aus Sicht eines Investors zu denken, sondern in erster Linie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Daher werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Weg der SPD-Fraktion unterstützen.

RH Scharrelmann erklärt, dass es wünschenswert wäre, einen Investor zu finden, der den sozialen Wohnungsbau von sich aus mit einplane. Gleichzeitig suche man dringend nach geeigneten Räumlichkeiten für die DAA. Falls es gelinge, diese in neue Räumlichkeiten zu verlegen, wäre dies bereits ein wichtiger Teilerfolg. Er signalisiert Verständnis für die Argumente der SPD- und Grünen-Fraktion.

RF Kuhlmann schlägt als Kompromiss vor, die Formulierung „wünschenswert wäre sozialer Wohnraum“ in die Beschlussvorlage aufzunehmen.

RH Scharrelmann stellt daraufhin einen Änderungsantrag, um diese Formulierung im Exposé zu ergänzen.

RF Kuhlmann erklärt abschließend, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Antrag entsprechend unterstützen werde.

Der Rat der Stadt Diepholz lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 16 Nein-Stimmen:

In die Vorlage soll als Vorgabe aufgenommen werden, dass 20 % sozialer Wohnraum auf dem Grundstück entstehen soll.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

In die Vorlage soll aufgenommen werden, dass die Entstehung sozialen Wohnraums auf dem Grundstück wünschenswert ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Verkauf der Immobilie sowie des Grundstücks „Kohlhöfen 12“ Gemarkung Diepholz Flur 52 Flurstück 61/1, 61/3 und 89 zur Größe von insgesamt 5.447 qm zum Kaufpreis von 62€/qm mithin insgesamt 337.714€ gemäß angefügtem Exposé in die Wege zu leiten. Im Exposé soll ebenfalls hinzugefügt werden, dass 20 % sozialer Wohnraum wünschenswert ist.

Das Verhandlungsergebnis ist nach Abschluss dem Rat zum Beschluss vorzustellen.

zu 17 Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB für den Bereich Thüringer Straße
Vorlage: SV/FD3/162/2025

RH Friedrichs verlässt den Ratssaal um 19:41 Uhr.

RH Hoff verlässt den Ratssaal um 19:41 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 23 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung der Stadt Diepholz zur Begründung eines Vorkaufsrechtes gemäß § 25 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich Thüringer Straße.

zu 18 Optimierung der Verkehrssicherheit im Bereich Am Pohl/Lüderstraße
Vorlage: SV/FD3/164/2025

RH Albers erklärt, dass dieses Thema den Menschen auf der Seele gebrannt habe. Er habe diesbezüglich positive Rückmeldungen erhalten. Er hebt hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger vom Rat erwarten können, dass man das was möglich sei auch versuche umzusetzen.

Der Rat der Stadt Diepholz nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

zu 19 Entwidmung von Straßen
Vorlage: SV/FD3/165/2025

RH Friedrichs betritt den Ratssaal um 19:45 Uhr.

RH Hoff betritt den Ratssaal um 19:45 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 25 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einziehungsabsicht für die nachfolgend aufgeführten Straßen ortsüblich bekannt zu machen:

1. Ein Teil der Straße „Im Moore“ (Gemarkung Diepholz, Flur 44, Flurstück 60) mit einer Größe von ca. 4.500 m²
2. Die Zuführung von der B214 (Gemarkung Diepholz, Flur 73, Flurstück 6) mit einer Größe von ca. 5.581 m²
3. Ein Teilstück des „Beekedamm“ an der Kreuzung „Im Moore“ (Gemarkung Diepholz, Flur 73, Flurstück 16) mit ca. 130 m²
4. Die sich darauf befindende Brücke (Gemarkung Diepholz, Flur 73, Flurstück 7) mit einer Größe von ca. 61 m²

zu 20 Projektbeschluss: Optimierung der Bike+Ride (B+R) Anlage am Bahnhof
Vorlage: SV/FD3/168/2025

RH Estermann erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Zwar wolle man die Entwicklung grundsätzlich positiv begleiten, jedoch sei der Projektträger Bethel im Norden nur unzureichend in den Prozess eingebunden worden. Zudem hätte man auch die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einbeziehen müssen. Aufgrund der aktuellen Informationslage könne nicht mit Sicherheit beurteilt werden, ob in der Vorlage alle relevanten Aspekte berücksichtigt worden seien. Daher sei diese aus seiner Sicht noch nicht entscheidungsreif.

RH Albers begibt sich in den Zuschauerraum.

BM Marré verlässt den Ratssaal um 19:46 Uhr.

RH Kürble führt aus, dass die CDU/FDP-Gruppe die aktuelle Planung grundsätzlich als richtig empfinde. Man könne jedoch nicht mit absoluter Sicherheit sagen, ob sie langfristig ausreiche. Für den Fall einer späteren Anpassung gebe es jedoch Erweiterungsmöglichkeiten. Die Fraktion befürworte daher die Umsetzung in der jetzigen Form und sehe die Möglichkeit, bei Bedarf nachzujustieren.

BM Marré betritt den Ratssaal erneut um 19:49 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 19 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 7 Nein-Stimmen:

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt die Umsetzung des Projektes „Optimierung der Bike + Ride (B+R) Anlage am Bahnhof“ gemäß anliegender Ausführungsplanung, zu-züglich weiterer 32 Schließflächen.

Die vorhandenen Fahrradboxen werden veräußert.

zu 21 Projektbeschluss Zukunft Kläranlage
Vorlage: SV/FD3/159/2025

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Für die Kläranlage wird folgender Maßnahmenkatalog beschlossen, für den ab 2025 die Planungen und ab 2026 die Umsetzung beginnen:

1. 2026: Erneuerung des Blockheizkraftwerks (BHKW), des Gasspeichers, des Co-Substratspeicher; Instandhaltung des vorhandenen Gasspeichers.

2. 2026: Erneuerung der Niederspannungshauptverteilung (NSHV), der Niederspannungsunterverteilung (NSUV), der Automatisierungstechnik, des Prozessleitsystems (PLS); Anpassung des Belüftungsprogramms, Integration Energiemanagement, Bauliche Anpassungen, Rückbau alter Komponenten, Umbau des Anlagenetzwerks.

3. 2027: Nachrüstung der 4. Reinigungsstufe

4. 2027: Nachrüstung der Ablaufmengenmessung

5. 2026 bis 2035: Nachrüstung effizienter Belüftungsplatten, Erneuerung Schaltanlage Faulung, Sanierung Sand- und Fettfang, Sanierung Vorklärung und Nachklärung 1.

Entsprechende Mittel sind in den nächsten Jahren im Haushalt einzustellen.

zu 22 Kommunale Wärmeplanung - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2024
Vorlage: SV/FD3/153/2024

RH Albers erinnert daran, dass zu Beginn der Sitzung bereits über die Bäder gesprochen worden sei – ein Thema, das unmittelbar mit der kommunalen Wärmeplanung verknüpft sei. Es verwundere die SPD-Fraktion, dass ihre Anträge zur Wärmeplanung und Bürgerbeteiligung in diesem Zusammenhang keine Unterstützung erfahren hätten, obwohl es sich um gesetzlich verpflichtende Aufgaben handle.

Es stelle sich die grundsätzliche Frage, wie mit Anträgen der Minderheit in Rat und Ausschüssen umgegangen werde – denn diese seien, seiner Meinung nach, nicht zufriedenstellend beantwortet worden.

Solange diese Prüfung nicht abgeschlossen sei, könne die SPD-Fraktion dem weiteren Vorgehen nicht zustimmen. RH Albers betont, dass nicht nur das Bad eine verlässliche Wärmeversorgung brauche, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Aus Sicht der SPD sei der Antrag also keineswegs obsolet, sondern hochaktuell.

BM Marré entgegnet, dass selbstverständlich auch die Verwaltung mit den gesetzlichen Vorgaben vertraut sei.

RH Estermann hebt hervor, dass Bürgerbeteiligung nicht allein über technische Anforderungen zu definieren sei. In Diepholz gebe es viele Bürgerinnen und Bürger, die sich konkret fragten, wie sie in diesen Prozess eingebunden würden. Diese Fragen müsse man ernst nehmen und daher auch an den Anfang des Planungsverfahrens stellen.

BM Marré erklärt, dass eine kommunale Wärmeplanung nicht die Frage beantworten werde, wie in einzelnen Haushalten geheizt werden solle. Wer diesen Eindruck erwecke, suggeriere falsche Inhalte. Er verweist auf die geplante öffentliche Vorstellung des Prozesses im Fachausschuss.

RH Estermann erklärt, dass hier keine falschen Vorstellungen erzeugt würden – vielmehr gebe man lediglich wieder, was an Rückfragen und Erwartungen aus der Bevölkerung an die Politik herangetragen werde. Unterschiedliche Auffassungen in der Bewertung seien legitim.

RF Kuhlmann erklärt, dass man durch diesen Antrag nichts verlieren würde.

RH Muhle verlässt den Ratssaal um 20.07 Uhr.

RH Paradiak ergänzt, dass das beauftragte Planungsbüro bereits ein Konzept für die Bürgerbeteiligung vorlegen werde. Dafür sei kein zusätzlicher politischer Beschluss notwendig.

BM Marré erklärt ergänzend, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bereits Bürgerbeteiligung durchgeführt habe. Einen entsprechenden Beschluss brauche es daher nicht – dies könne bei der Bevölkerung falsche Erwartungen oder Interpretationen wecken.

RH Albers entgegnet, dass vermeintliche Selbstverständlichkeiten nicht automatisch gegeben seien. Mit einem Ratsbeschluss wolle man daher die Haltung des Rates bekräftigen und mehr Verbindlichkeit schaffen.

RH Muhle betritt den Ratssaal um 20:10 Uhr.

Der Rat lehnt den geänderten Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2024 mit 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 14 Nein-Stimmen ab:

Die Verwaltung sorgt für eine breite und frühzeitige Bürgerbeteiligung, wo fortlaufend über den Fortschritt der Planungen informiert wird.

zu 23 Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Bürgerin B fragt, warum die Stadt Diepholz erwägt, einen Bebauungsplan aufzustellen mit der voraussichtlichen Konsequenz, ein 39 ha großes Areal zu bebauen. Welches allein den Expansionswünschen der „Berg Group“ entspreche und dass, obwohl die Diepholzer Gewerbegebiete noch Ansiedlungsmöglichkeiten hätten. Sie fragt, ob es sinnvoll sei dieses sensible Gewerbe, nämlich einen Rüstungsbetrieb, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebieten und Naturflächen anzusiedeln. Dort insbesondere genannt das Biotop, dass zum Schutz bedrohter Flora und Fauna eingerichtet worden sei.

BM Marré antwortet, dass sich das Verfahren noch im laufenden Prozess befinde. Zwar habe man das Bebauungsplanverfahren bereits eingeleitet, ein Abschluss liege jedoch noch nicht vor. Grundsätzlich sehe er in der gewerblichen Entwicklung eine positive Perspektive für die Stadt Diepholz.

Bürger F äußere Bedenken zur Beschilderung im Bahnhofstunnel. Ein Piktogramm für Radfahrende erwecke den Eindruck eines kombinierten Geh- und Radwegs. Er rege an, das Symbol zu entfernen und den Vorrang für Fußgänger klarer darzustellen.

BM Marré antwortet, dass das Thema bereits in der Verwaltung besprochen worden sei. Rechtlich bleibe es ein Gehweg, auf dem Radfahrende Rücksicht nehmen müssten. Mit dem Piktogramm werde eine lenkende unterstützende Funktion verfolgt. Er habe überwiegend positive Rückmeldungen zur aktuellen Lösung erhalten, daher sehe er derzeit keinen Anlass zur Änderung.

Der öffentliche Teil wird um 20.20 Uhr geschlossen.

gez. Heinrich Buck
Stellv. Vorsitzende/r

gez. Korte
Protokollführer

gez. Marré
Bürgermeister